



Interviews

Datum: 19. Juli 2026

Moritz Küpper im Gespräch mit Nathanael Liminski, Leiter der Staatskanzlei NRW, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Küpper: Heute mit Moritz Küpper, und zu Gast ist Nathanael Liminski, CDU. Er ist seit fast zehn Jahren, seit 2017, Chef der Staatskanzlei in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland, in Nordrhein-Westfalen. Dort nunmehr auch Minister für Bundes-, Europaangelegenheiten, Internationales, sowie Medien. Herzlich Willkommen.

Liminski: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Wir wollen natürlich über Europa sprechen, das deutsch-französische Verhältnis. Sie sind Halbfranzose. Wir wollen auf Ihre Partei, die CDU, schauen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ bezeichnete Sie einmal als - Zitat - ein Vordenker der CDU. Aber wir wollen auch auf die Medienlandschaft gucken. Und am Ende einer Woche, in der die EU-Kommission Empfehlungen für ein Social-Media-Verbot für Einschränkungen erhalten hat, damit auch anfangen. Ja, Herr Liminski, Sie haben sich eigentlich skeptisch gezeigt hinsichtlich eines pauschalen Verbotes. Rechtlich durchsetzbar, technisch umsetzbar, politisch vermittelbar. Das sind so Fragen, die Sie da aufwerfen. Zugespitzt, wie vielen Generationen werden Social Media von der Politik noch überlassen werden?

Liminski: Ich fühle mich bestätigt durch die Empfehlungen der Expertenkommission für die EU-Kommission. Das Gleiche gilt für den Bericht der Experten an die Bundesregierung. Beide Berichte unterscheiden zwischen Kindern und Jugendlichen. Schutz für Kinder unter 13 und Sicherheit für Jugendliche ab 13. Das heißt an der Stelle dann eben auch, unter bestimmten Voraussetzungen die Nutzung sozialer Medien auch weiterhin möglich zu halten.

Küpper: Also ist der Ansatz eher: kontrolliert ermöglichen statt einschränken?

Liminski: Wir müssen die Gefahren von Social Media ernst nehmen. Aber wir müssen mit der Regulierung auch dort ansetzen, wo der Hebel am größten ist, und das sind die Plattformen. Wir dürfen die Debatte nicht gegen junge Menschen führen,

sondern wir müssen die Plattformen in die Pflicht nehmen, selbst einen deutlich aktiveren Beitrag zu leisten, wenn es um Altersverifikation geht. Die bisherigen allgemeinen Geschäftsbedingungen sahen immer die 13 vor. Und wenn wir die einmal wirklich durchsetzen würden, dann wäre schon viel erreicht.

Küpper: In Europa gelten unsere Regeln, haben Sie in diesem Kontext mal gesagt. Jetzt haben Sie gerade gesagt, wenn wir die 13 wirklich mal durchsetzen würden. Das zeigt ja, dass die Regeln hier nicht gelten?

Liminski: Es ist in der Tat so, dass die Plattformen bisher im Bereich Altersverifikation, aber auch genauso in der Gestaltung der Inhalte nicht darauf geachtet haben, was dem Jugendschutz entspricht und was nicht. Mark Zuckerberg hat das kürzlich selbst eingeräumt. Und ich glaube, das hat er nur getan, weil der politische Druck wächst, vor allen Dingen in Europa. Wir sind mit 450 Millionen Nutzerinnen und Nutzern immer noch ein sehr attraktiver Markt für diese großen Plattformen. Und deswegen haben wir auch etwas in die Waagschale zu werfen und müssen selbstbewusst sagen, man kann hier Geld verdienen, aber nach unseren Regeln.

Küpper: Aber das Argument kommt immer, auch auf anderen Feldern der Politik, im Handel etc. Und so richtig Wirkung entfacht es nicht, weil, das sieht man jetzt vielleicht auch in dieser Debatte, die Europäer, die einzelnen Nationalstaaten, weil man sich nicht einig ist.

Liminski: Wir haben uns für den ganzen Bereich der Medienregulierung in den letzten Jahren in sehr mühsamen demokratischen Prozessen Regeln gegeben. DSA, also Digital Services Act, DMA - Digital Markets Act, AVMD-Richtlinie, European Media Freedom Act. Und jetzt gilt es natürlich, diese Regeln auch durchzusetzen. Und da nehme ich in der Tat selbst auch eine gewisse Verzögerung wahr, weil man den großen, orangenen Mann mit den gelben Haaren im Weißen Haus in Washington D.C. nicht verärgern will. Aber ich glaube, es geht hier um eine Frage der Selbstbehauptung Europas, weshalb wir da sehr klar sein sollten.

Küpper: Sie sprechen Donald Trump an, den US-Präsidenten, dem das Ganze ein Dorn im Auge ist, weil eben auch die ganzen Tech-Konzerne hinter ihm sozusagen stehen oder auch sein Ohr vielleicht haben. Was muss denn passieren? Also formal wäre die EU oder ist die EU-Kommission am Zug, macht auch was. Braucht sie noch ein stärkeres Backing aus den Mitgliedstaaten?

Liminski: Die EU-Kommission hat das Thema gewissermaßen immer stärker an sich herangezogen.

Küpper: Ist das falsch?

Liminski: Sie hat jetzt mit diesem Bericht... Die Medienvielfalt und solche Fragen auch des Jugendschutzes sind eigentlich Sache der Mitgliedstaaten. Weshalb wir auch ein sehr unterschiedliches Bild in Europa haben, wenn es etwa um die Frage des Alters geht, in dem tatsächlich dann ein Verbot greift.

Küpper: Ganz kurz, aber bei Social Media hat ja Karin Prien, die zuständige Ministerin, jetzt gesagt, sie wird eher auf Europa verwiesen, sozusagen.

Liminski: Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn wir an dieser Stelle gemeinsam zu einer einheitlichen Linie in Europa kommen. Wir sind ein Markt. Und es geht hier am Ende auch um Fragen des Marktes bei diesen Plattformen. Deshalb wäre es gut. Junge Menschen würden auch nicht verstehen, dass, wenn sie über die Grenze nach Belgien oder in die Niederlande oder nach Frankreich fahren, auf einmal andere Regeln gelten sollen. Insofern plädiere ich sehr dafür, hierzu eine gemeinsame europäische Linie zu finden. Und technisch ist die EU-Kommission auch dabei, mit dem EUDI-Wallet, also einer wirklich handfesten Verifikation des Alters, hat sie ein Konzept entwickelt, was zum 01.01.2027 greifen soll. Ich halte das für einen wichtigen Beitrag, damit wir ernst machen.

Küpper: In diesem Spannungsfeld ist der Jugend- und Kinderschutz ein Thema. Der Streit um die Meinungsfreiheit, nenne ich es mal, ein anderer. Wie muss das laufen?

Liminski: Als Sohn eines Journalisten fällt es mir immer schwer, wenn Politiker zu schnell dafür plädieren, bestimmte Regeln im Bereich Medien zu erlassen. Aber ich glaube, wir müssen an dieser Stelle einfach den Grundsatz gelten lassen, dass, wenn jemand ein journalistisches Angebot macht, ganz gleich, ob als Zeitung, als Rundfunk oder auch im Netz, dann gelten gewisse Sorgfaltspflichten. Und die haben wir bei uns in Deutschland im Medienstaatsvertrag 2020 grundgelegt, haben das einem Update unterzogen und auf alle Medienwege bezogen. Und deshalb ist es wichtig, dass das auch gilt. Man muss sich darauf verlassen können, dass, wenn jemand regelmäßig ein publizistisches Angebot macht, er Quellen überprüft hat und den Wahrheitsgehalt seiner Berichterstattung und der Inhalte seiner Sendung auch verifiziert hat.

Küpper: Aber ist die Grauzone mittlerweile nicht zu groß? Und gleichzeitig, wir haben es gerade eben gesagt, technische Umsetzbarkeit. Ist es gar nicht möglich, das sozusagen zu kontrollieren? Oder zu verfolgen, vielmehr?

Liminski: Ich glaube auch, dass wir an dieser Stelle realistisch sein müssen. Es geht aber auch gar nicht darum, bestimmte Inhalte zu bewerten, ob erwünscht oder unerwünscht. Es geht teilweise auch darum, sicherzustellen, dass Nachrichten Nachrichten sind, Informationen Informationen, Berichte Berichte. Und dafür haben

wir bereits heute Instrumente. Und wir haben auch die entsprechenden Behörden und Strukturen, um das zumindest mindestens punktuell sicherzustellen. Und ich glaube, diese stichprobenartige Kontrolle im Vollzug, die ist auch wichtig, wenn wir sagen, wir meinen unsere Medienregulierung auch so, wie wir sie einmal erstellt haben und nach demokratischen Prozessen auch entschieden haben.

Küpper: Die Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen hat den Podcaster Ben Berndt wegen eines über vierstündigen Interviews mit dem thüringischen AfD-Chef Björn Höcke abgemahnt. Da geht es darum, dass Aussagen kontextualisiert werden sollen. Die Landesmedienanstalt hier in Nordrhein-Westfalen, die ist unabhängig. Aber wie erleben Sie diesen Konflikt? Und da stellt sich ja dann auch die Frage, es ist ja häufig mittlerweile Kontextualisieren auch schon ein Kampfbegriff. Wer darf was, wann, wie kontrollieren?

Liminski: Es gibt ein Framing von Extremen und Radikalen, dass jegliche Regeln im Netz so etwas wie ein digitaler Maulkorb seien. Zensur, das schwingt dann ganz schnell. Aber ich vertrete an dieser Stelle die Linie, dass die Regeln, die wir uns in der analogen Welt über Jahre und Jahrzehnte gegeben und dann auch umgesetzt und durchgesetzt haben, auch im Netz gelten müssen. Und deswegen, wenn jemand ein journalistisches Angebot im Netz, etwa als Podcast macht, dann hat er bestimmte Regeln zu befolgen. Das ist auch wichtig, damit wir uns als Gesellschaft weiterhin auf Fakten verständigen können. Wenn jetzt alles nur noch Meinung ist und alles relativ, dann gerät da etwas ins Rutschen. Und darauf hinzuweisen, das ist nicht nur eine Möglichkeit, sondern auch die Pflicht von Landesmedienanstalten. Ob das an der Stelle in dem Einzelfall wirklich in der Weise so geboten war, das will ich nicht bewerten, weil diese Behörden staatsfern arbeiten. Es ist ein wichtiges Instrument unserer Medienregulierung. Wir haben in Deutschland aus Gründen der Geschichte eine staatsferne Regulierung in diesem Bereich, den Vollzug. Und deswegen muss das die Landesmedienanstalten selber bewerten. Aber dass der Grundsatz gilt, dass Journalisten Sorgfaltspflichten ernst nehmen müssen, da stehe ich voll dahinter.

Küpper: Es gibt einen weiteren aktuellen Fall. Das ZDF, die Intendanz dort, hat ein Lied des Pianisten Igor Levit und des Rappers Danger Dan untersagt. Sie sitzen auch im ZDF-Fernsehrat. Da geht es wohl aus Sicht des ZDF um Aufruf für Gewalt. Danger Dan sagt selbst, dass der Intendant des ZDF anfängt, antifaschistische Lieder zu zensieren, ist leider ein furchtbares Zeichen. Erleben wir das? Egal von welcher Seite, dass wir häufig mit diesem Zensurvorwurf... warum erleben wir da so hitzige Debatten?

Liminski: Zum einen erleben wir diese Debatten deshalb, weil natürlich immer mehr Menschen Sender werden durch die Möglichkeiten der Digitalisierung, durch die

Möglichkeiten der sozialen Netzwerke. Was ja erst einmal auch eine Errungenschaft ist, aber eben auch mit sich bringt, dass das...

Küpper: Das ist aber auch schon was länger so.

Liminski: Das ist schon was länger so. Ich glaube, dass sich an dieser Stelle auch spiegelt die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft. Immer weniger die Bereitschaft, den Kompromiss, den Konsens zu finden, sondern lieber die eigene, reine Lehre zu vertreten. Und das dann eben auch in dem, was man sendet. Und jede Kritik daran sich verbittet. Und deswegen ist es umso wichtiger, dass wir bei der Frage von journalistischem Handwerk diese Maßstäbe hochhalten. Das ist auch etwas, worauf wir als ZDF-Fernsehrat sehr achten. Dafür erfährt man dann mitunter auch Kritik, gerade wenn es in den Bereich von Kunst und Kultur geht, von Satire. Das sind aber auch immer sozusagen die scharfen Kanten, an denen es wahrscheinlich immer in einer freien Gesellschaft Konflikt gibt. Aber wir müssen den aushalten, letztlich am Ende, um die Freiheit zu wahren.

Küpper: Das Interview der Woche, zu Gast Nathanael Liminski, der Chef der Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen, Europa- und Medienminister dort. Wir waren gerade schon beim ZDF, beim Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunk. Sie sagen immer, Sie sind ein Kind des Öffentlich-Rechtlichen. Ihr Vater Jürgen Liminski war lange Jahre Kollege hier. Warum wurde der Öffentlich-Rechtliche in manchen Kreisen so zum Feindbild?

Liminski: Für mich ist der Öffentlich-Rechtliche-Rundfunk eine feste Säule in unserem dualen Mediensystem von öffentlich-rechtlichen Medien und auch privaten Medien. Natürlich ist mit einem beitragsfinanzierten System auch eine besondere Rechtfertigungspflicht verbunden. Wenn Menschen sich nicht aussuchen dürfen, ob sie den Beitrag zahlen oder nicht, dann dürfen sie auch ein entsprechendes Produkt erwarten, ein entsprechendes Angebot. Und deshalb muss der Öffentlich-Rechtliche-Rundfunk sich nicht nur durch effiziente Strukturen beweisen, sondern natürlich auch durch ein möglichst ausgewogenes Programm. Mit der ganzen Vielfalt unserer Gesellschaft. Und da gibt es gelegentlich Kritik dran, die ich auch persönlich nachvollziehen kann. Und das muss auch möglich sein. Genau auch diese Meinung darf man äußern. Und damit muss man einen Umgang finden. Ich erlebe allerdings unter den Intendanten da eine zunehmende Bereitschaft, auch offen mit dieser Kritik umzugehen, stärker noch in den Bürgerdialog zu gehen. Stärker auch das Programm darauf auszurichten, dass es eben nicht ist ein Belehren, sondern eben auch ein tatsächlicher Diskurs und Dialog mit der Gesellschaft. Das ist die richtige Richtung.

Küpper: Es gibt eine Reformdiskussion, Reformbemühungen. Spüren Sie eine Art Kulturwandel im Öffentlich-Rechtlichen?

Liminski: Ich mache das jetzt hauptberuflich, die Medienpolitik, schon seit acht, neun Jahren. Und ich nehme definitiv einen Wandel wahr. Weil es nicht mehr darum geht, sich als Bollwerk der Demokratie zu gerieren, an dem jede Kritik verboten ist, sondern eine echte Bereitschaft, Strukturen infrage zu stellen. Und auch die Frage, ob man mit Blick auf das programmatische Angebot immer alles berücksichtigt hat. Und diese Reflexion, diese Bereitschaft auch zur Fehlerkultur, die nehme ich durchaus wahr. Ich befördere sie selber auch, da, wo ich in Gremien sitze, Stichwort ZDF Fernsehrat. Oder eben auch in der Rundfunkkommission, wo wir als Medienminister im direkten Austausch mit den Intendanten sind. Es ist doch völlig klar, dass, wenn ein Milliardensystem mit Tausenden Mitarbeitern jeden Tag ein Angebot macht, dass da auch Fehler passieren. Und dann ist auch das Normalste der Welt, das einzuräumen, das zu korrigieren und sich dafür zu entschuldigen. Dafür werbe ich und da nehme ich eine immer größere Offenheit wahr.

Küpper: Konkret wird es in den nächsten Monaten wohl in Sachsen-Anhalt. Politisch, dort stehen Landtagswahlen an. Aber die AfD, die dort auch deutlich in den Umfragen führt, die hat angekündigt, dass sie den Medienstaatsvertrag kündigen möchte. Der MDR will dann dagegen klagen. Was baut sich da auf?

Liminski: Die AfD hat schon länger klargemacht, dass sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als einen Feind ihrer Politik ansieht und da sehr populistisch die Keule schwingt von Lügenpresse, von Staatsfunk.

Küpper: Aber da wird es jetzt konkret. Oder würde es konkret, müssen wir sagen.

Liminski: Ja, genau. Wenn ein Land einen Staatsvertrag aufkündigen würde, dann wird es in der Tat sehr konkret. Das ist formal-juristisch natürlich möglich. Und trotzdem gilt dann die Verfassung in diesem Land. Und insofern haben wir als Aufgabe, als Länder, für eine auskömmliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sorgen. Und dann müssen wir dafür Wege finden.

Küpper: Macht man darüber sich schon Gedanken?

Liminski: Es gibt durchaus Diskussionen unter den Ländern. Aber ich will Ihnen auch ganz ehrlich sagen, ich habe diese Wahl in Sachsen-Anhalt selber noch nicht verloren gegeben.

Küpper: Ist es das, was die AfD ankündigt, jetzt in diesem konkreten Fall die Kündigung dieses Medienstaatsvertrages, das eine gewisse Kraft hat, dass sie sagen, wir machen einfach, obwohl, wir haben gerade drüber gesprochen, es gar nicht so einfach am Ende ist. Man kann das zwar kündigen, formal-juristisch, aber es zieht ja Dinge nach sich, die dann eben nicht so einfach in der Umsetzung sind. Aber

in der politischen Auseinandersetzung hat dieses, wir machen einfach mal was anderes, natürlich eine enorme Kraft, gerade wenn man auf die Länder, auf die Bundes-, aber auch auf die EU-Ebene schaut.

Liminski: Definitiv, das ist das Geschäftsmodell von Populisten, selten eine Lösung, ein Konzept anzubieten, sondern mit der Wut, mit dem Zorn, mit der Angst, der Menschen politisch zu wirtschaften. Und das können wir auch grenzüberschreitend in anderen Ländern Europas feststellen. Und das passiert natürlich auch dadurch, dass man die Unzufriedenheit mit dem medialen Angebot dadurch kanalisiert, dass man Medien zu Akteuren der politischen Debatte macht, Journalisten beschimpft, attackiert. Und das ist etwas, was wir als liberale Demokratie nicht zulassen dürfen. Dazu gehört, dass der Staat seiner Schutzfunktion nachkommt, dass die etablierten Parteien ein klares Wort dazu finden. Aber natürlich auch, dass Medien ihrerseits auch versuchen, einen Beitrag dazu zu leisten, nicht selbst zu politischen Akteuren zu werden.

Küpper: Sie haben andere Länder angesprochen. In Frankreich wird im kommenden Jahr auch gewählt. Dort führen die Rechtspopulisten in den Umfragen, der Rassemblement National. Sie haben eine enge Verbindung nach Frankreich, waren auch kürzlich wieder da. In dieser Woche waren auch in NRW deutsch-französische Regierungskonsultationen. Ja, was lehrt uns die Lage in Frankreich? Ist man da sozusagen in der politischen Entwicklung weiter? Und was könnte man hierzulande machen, auch gerade als konservativer Politiker, damit es nicht so weit kommt?

Liminski: Ich habe in dieser Woche ganz bewusst Paris besucht nach dem Urteil zu Frau Le Pen und ihrer Präsidentschaftskandidatur, weil ich dadurch auch dokumentieren wollte, wir nehmen Anteil an dieser Situation. Und außerdem wollte ich aus erster Hand erfahren, wie man damit umgeht, vor allen Dingen im bürgerlichen Lager. Was mir Sorge macht, ist, dass trotz des Ernsts der Lage, den man wahrnimmt, es immer noch eine gewisse Gelassenheit mit Blick auf den Zeitplan gibt, einen geeigneten Kandidaten zu küren. Da sind noch sehr viele unterwegs. Und ich hoffe, dass man den Moment nicht verpasst, weil wir sonst natürlich das Feld den Populisten und Extremen überlassen, wie das etwa 2016 in den USA bei den Republikanern der Fall war.

Küpper: Also in Frankreich droht auch die Situation, dass es einen eher linksextremen und eine rechtsextreme Kandidatin gibt, die dann in die Stichwahl kommen könnten.

Liminski: Mit Blick auf das besondere Konstrukt der Stichwahlen in Frankreich, wo nur noch die zwei Bestplatzierten sind, muss es dem bürgerlichen Lager in der Mitte gelingen, im ersten Wahlgang mindestens der Zweite zu sein. Dann sehe ich große

Chancen, dass in Frankreich keine extreme Präsidentin, kein extremer Präsident das Ruder übernimmt. Das ist für die Stabilität Europas besonders wichtig. Und deswegen ist es gut, da zu sein, Unterstützung zu signalisieren, aber eben auch daraus zu lernen. Denn es gibt in der Tat gewisse Parallelen. Wenn Sie sich etwa anschauen, wie die Unterstützung für das Rassemblement National aus ganz unterschiedlichen Lagern kommt, im Süden eher aus den rechten und bürgerlichen Kreisen, im Norden Frankreichs eher aus linken Kreisen, und das einmal vergleichen mit der AfD in Deutschland, wo das in Hessen, Baden-Württemberg, in Teilen Bayerns auch eher aus dem bürgerlichen Lager kommt. Im Ruhrgebiet eher aus dem Arbeitermilieu und im Osten teilweise von Menschen, die früher links gewählt haben. Dann kann man diese Parallelen sehen und durchaus auch lernen für den Umgang damit. Wir dürfen nicht zulassen, dass die AfD sich als Wolfs im Schafspelz geriert und so wie der Rassemblement National von einer Melonisierung spricht, also sozusagen die Sorge nehmen will, dass sich schon gar nicht so viel verändern würde, wenn man denn einmal auch da das Kreuzchen macht.

Küpper: Und warum kommt es nicht so?

Liminski: Ich glaube, dass die AfD da noch nicht so professionell aufgestellt ist, wie der Rassemblement National, der einfach einige Jahre mehr Erfahrung hat, der eine andere kommunale Verwurzelung hat, auch ein anderes personelles Angebot mit der Doppelspitze von Frau Le Pen und Herrn Bardella. Aber wir erkennen ja schon, dass die AfD versucht, trotz irren Parteitage wie zuletzt, sowohl hier in Nordrhein-Westfalen als auch im Bund, nach außen jeden Streit zu vermeiden. Wenn man aber genauer hinschaut, dann stellt man fest, das radikale Lager um Alice Weidel setzt sich durch bei allen Personalwahlen. Und insofern müssen wir als etablierte Parteien einen klaren Text dazu finden, was hier droht.

Küpper: Was würde auf Europa zukommen, sollte Marine Le Pen die erste Präsidentin Frankreichs werden?

Liminski: Da es für Populisten und Extreme wichtig ist, immer einen Gegner, einen Feind zu haben, befürchte ich, dass dieser Gegner, dieser Feind, Europa werden könnte. Und dass mit einer Frankreich-First-Policy-Politik an dieser Stelle sozusagen Europafeindlichkeit zur Staatsräson der französischen Politik würde, das wäre gefährlich. Das Gleiche gilt für alte Stereotype mit Blick auf die Deutschen. Da könnte die deutsch-französische Freundschaft sehr zurückgeworfen werden. Das müssen wir deshalb klar beim Namen nennen. Und da spreche ich jetzt noch alles nicht an, was in Frankreich sich an dieser Stelle radikalisieren könnte. Etwa in der Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Oder auch in dem Gegeneinander-Ausspielen von bestimmten Bevölkerungsgruppen.

Küpper: Von Bardella, aber auch von Le Pen gibt es schon die Ankündigung, die Gelder für Europa kürzen zu wollen. Auch die Bundesregierung will ja kürzen, zeigt aber auch häufig mit dem Bürokratie-Vorwurf nach Brüssel. Auch der Kanzler ja, selbst mit drastischen Worten. Ist das nicht gefährlich, gerade vor dem Hintergrund, was Sie gerade schildern? Braucht es da nicht eine neue positive europäische Erzählung?

Liminski: Ich setze mich als junger Europapolitiker in der Union dafür ein, dass wir eine solche positive Europa-Erzählung selber vertreten. Dass wir mit Blick auf Europa nicht immer nur von Ja, Aber sprechen. Oder Europa immer in einem Atemzug mit Bürokratie nennen. Europa bedeutet viele Errungenschaften. Und ich glaube, bin davon überzeugt, dass viele Menschen da draußen verstehen, dass wir für viele der großen Fragen nicht nur weniger oder so viel Europa wie bisher, sondern geradezu mehr Europa brauchen. Wenn Sie etwa die Verteidigung nehmen. Wenn Sie etwa die Wettbewerbsfähigkeit nehmen. Also die großen Fragen dieser Zeit. Und da ist die CDU als die große Europapartei, deren Frontleute in den letzten Jahrzehnten immer wieder die wichtigen Weichenstellungen in Europa vorgenommen haben, definitiv gefragt. Friedrich Merz ist ein Europaabgeordneter gewesen. Das war seine erste politische hauptberufliche Position. Das hat ihn durchaus geprägt, weshalb ich viel Verständnis bei ihm für diese Fragen wahrnehme. Und wenn Sie sich anschauen, die neue Dynamik im Miteinander mit Frankreich, aber auch mit anderen europäischen Partnern, dann würde ich schon sagen, ist das definitiv ein Fortschritt im Vergleich zur Ampel und auch zu Kanzler Scholz.

Küpper: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast ist der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, auch Chef der Staatskanzlei dort, Nathanael Liminski. Wir haben gerade schon über die CDU, die Union, den Kanzler ein wenig gesprochen. Sie bringen sich ja in Ihrer Partei auch immer wieder ein. Jetzt gibt es aktuell eine Debatte rund um den Unionsfraktionschef im Bund, um Jens Spahn. Darum, dass er, was in Deutschland verboten ist, was auch die CDU ja gerade erst noch mal bekräftigt hat, mittels einer Leihmutter, Vater, Eltern geworden ist. Verstehen Sie die Debatte darum?

Liminski: Ich verstehe diese Debatte. Es ist immer schwierig, eine Frage mit so viel Relevanz für das Leben eines anderen vom Mikro aus ganz generell zu beantworten. Deshalb muss sich jetzt auch jeder ehrlich fragen, warum er was dazu sagt. Geht es um die Sache oder geht es um Jens Spahn? Zweifellos sind aber mit einer Leihmutterschaft viele hochsensible Fragen verbunden. Und nicht ohne Grund ist die Gesetzeslage in Deutschland so, wie sie ist. Jens Spahn selbst hat auf dieses Dilemma hingewiesen, auf den Konflikt zwischen der Rechtslage und seiner persönlichen Entscheidung. Daher muss es auch erlaubt sein, ethische und rechtliche Bedenken anzumelden.

Küpper: Aber mal unabhängig, also wir reden über die Person Jens Spahn, aber es ist nicht persönlich. Und wir können natürlich auch über den Inhalt reden. Aber es gibt natürlich auch diese andere Komponente. Nämlich die Frage einfach, gelten für Jens Spahn in dem Fall, für einen führenden CDU-Politiker, einfach andere Regeln? Also diese Frage nach Doppelstandards?

Liminski: Das ist nicht so. Und das weiß auch Jens Spahn. Und dass in dieser Frage es bisher schon einen Zustand gab, dass das ja nicht nur Jens Spahn so gemacht hat, das ist, glaube ich, auch vorher schon bekannt gewesen.

Küpper: Sie sind CDU-Chef in Bonn. Hendrik Streeck, Ihr Bundestagsabgeordneter dort, hat den gleichen Weg gewählt, mittels Leihmutterschaft mit seinem Partner Vater zu werden. Aber nochmal, manche Menschen sagen, was macht das mit Glaubwürdigkeit in der Politik? Ihr als Partei bekräftigt, dass es in Deutschland verboten ist, sorgt aber privat dafür, dass es für euch möglich ist, weil es eben Macht und Geld gibt.

Liminski: Viele Kommunalpolitiker und andere weisen genau in diesen Tagen jetzt darauf hin, dass das zu einer gewissen Glaubwürdigkeitsfrage dann wird. Und das kann ich nachvollziehen. Deswegen habe ich auch gesagt, es muss erlaubt sein, neben den ethischen Bedenken auch die rechtlichen und politischen Bedenken zu äußern. Das weiß auch Jens Spahn. Und das weiß auch Hendrik Streeck. Und insofern muss man das dann aushalten in der Debatte. Es kann nicht sein, dass sozusagen CDU-Positionen oder die Gesetzeslage nicht mehr beim Namen genannt werden, weil das dann als persönliche Beleidigung wahrgenommen wird. Das wissen aber auch beide und gehen diesen Konflikt ein und müssen dazu dann entsprechend auch die Antworten finden.

Küpper: Müsste Jens Spahn sich aufgrund der Glaubwürdigkeit jetzt als Politiker für eine Legalisierung der Leihmutterschaft einsetzen?

Liminski: Ich glaube, das müssen Sie Jens Spahn fragen

Küpper: Dann werden wir das versuchen, an anderer Stelle. Dennoch noch mal die Frage nach diesen Doppelstandards, nach der Glaubwürdigkeit. Das ist doch schon ein Problem, weil wir ja gerade eben auch über die AfD gesprochen haben, über diese polarisierte Gesellschaft. Ist es da nicht von zentraler Bedeutung, dass man eben nicht auch an zentraler Stelle in der CDU um diese Glaubwürdigkeit dann weiß und sollte man so eine private Entscheidung dann treffen, auch weiß, dass man die anders erklären muss

Liminski: Bei der AfD gibt es sehr viele Doppelstandards, die selten so problematisiert werden. Wenn ich mir den vorgetragenen Patriotismus anschau und dann die Einstellung von chinesischen Spionen in Büros und die Unterstützung für Russland und die Unterstützung für amerikanische Plattformen. Mit Blick auf die Union, ich glaube, dass Jens Spahn den Konflikt sieht und sich ja dementsprechend auch schon dazu geäußert hat, dass das eine Frage ist, die sich in erster Linie an ihn richtet, weil es ja keine Entscheidung eines Gremiums der CDU war, so vorzugehen. Und daher ist das etwas, wozu er sicherlich auch noch mehr Text finden wird.

Küpper: Dann schließen wir den Komplex ab mit einer letzten Frage. Würden Sie was ändern wollen an der Gesetzeslage hier beim Stichwort Leihmutterschaft? Sie sehen ja scheinbar jetzt auch in der eigenen Partei, dass es da große Bedürfnisse gibt.

Liminski: Ich habe gerade eben darauf hingewiesen, dass viele hochsensible Fragen mit dem Thema Leihmutterschaft verbunden sind. Das beginnt bei den Rechten der Frauen, die zwangsläufig involviert sind in das Austragen einer Schwangerschaft, aber geht weiter auch mit anderen Fragen. Und ich stimme daher dem zu, was auch unsere Bundespartei gesagt hat, dass wir keinen Bedarf aktuell erkennen können, unsere Position dazu zu verändern.

Küpper: Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Liminski: Sehr gerne, danke.